

gesamten Hoffnungen in diese Partei gesteckt und damit den Glauben an die Selbstermächtigung aufgegeben. So brachte Boris Palmer, Tübinger OB, nachdem einige Hunderte die Baustelle besetzten, den Vorschlag die Bauarbeiten für einige Monate zu unterbrechen und währenddessen eine Konferenz einzurichten, an der BefürworterInnen und GegnerInnen teilnehmen sollen. Bis etwa Ende des Jahres sollte das gehen und bis dahin ein Ergebnis erzeugen. Die Unterbrechungen sollen "eindeutig befristet sein und eine Friedenspflicht der Projektgegner bewirken: keine Demonstration im Zeitraum der Gespräche". So offen lässt Palmer aus dem Sack worum es geht: Die Friedenspflicht bewirken. Deutlicher kann es nicht gesagt werden. Weitergedacht heißt das aber auch, dass jene, die sich auf diese Verhandlungen einlassen wollen, innerhalb der ProjektgegnerInnen jeden Protest außerhalb dieses "Kongresses" verhindern müssen. Also die Drohung von oben weitergeben müssen, dass ansonsten die Verhandlungen platzen. Genau das würde zu einer enormen - gewollten - Spaltung führen. Außerdem hat sich oft gezeigt, dass bei einer solchen Unterbrechung der Proteste die Wiederaufnahme derer meist nur kläglich gelingt, weil die Luft und die Dynamik draußen sind.

Palmer wird aber noch deutlicher worum es ihm eigentlich geht. Denn es "führt entweder das verabschiedete Papier selbst zu einer Befriedigung (Anm.: wohl Befriedigung gemeint) der Situation" oder die Integrationsmaßnahmen werden "auch bei der Mehrheit der Gegner zu einer Akzeptanz führen, die für die Zukunft ein gedeihliches Miteinander auch mit Stuttgart 21 ermöglicht". Es wird also gar nicht versucht zu suggerieren, dass es um so etwas wie "Mitentscheidung" (welche ja noch genug zu kritisieren wäre, da sie eben nicht Selbstbestimmung ist) der Betroffenen an sich gehen könnte, sondern erklärtes Ziel ist ganz eindeutig eine weitere Legitimationsebene zu schaffen, um dieses Projekt GEGEN den Willen der davon Betroffenen durchzusetzen.

Auf einer Meta-Ebene geht es bei solchen Auseinandersetzungen also immer darum, dass ab einer Breite, bei der die Herrschaftsseite handlungs-

bedarf erkennt, versucht wird den Widerstand zu integrieren in vorgegebene, institutionelle Rahmen. Dadurch wird jede herrschaftsüberwindende Potenz zerstört und im Gegenteil, die innovativen Elemente, davon absorbiert und in systemkonforme Bahnen gelenkt. So wird das System bei jeder erfolgreichen Integration modernisiert. Ganz nach dem Motto: Was uns nicht umbringt, macht uns stark. Da es aber das Ziel jeden emanzipatorischen Anspruches sein muss eben jenes System umzubringen, muss jeder Integrationsversuch erkannt werden und auf das entschiedenste abgelehnt werden.

Das Ziel des Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens wurde erkannt von den Bürgerinitiativen und fast geschlossen abgelehnt. Innerhalb der Frankfurter BIs sind aber auch herrschaftskritische Gruppen und Menschen, die einen gewissen diskursiven Einfluss haben. Gibt es solche herrschaftskritischen Strömungen auch in Stuttgart? Oder wenigstens Leute die strategisch soweit denken können, um zu erkennen, dass genau Palmers Kongress das Ende jeden Widerstandes wäre?

### Worum geht es bei Stuttgart 21?

Mit Stuttgart 21 soll der überirdische Kopfbahnhof zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut werden. Das wäre über Jahre hinweg Europas größte Baustelle. Der denkmalgeschützte Bahnhof müsste abgerissen werden (und wird es bereits) und der Schlosspark zerstört werden.

Zudem ist die Frage, ob für die Milliarden, die in dieses Projekt gesteckt werden, nicht der Regionalverkehr ausgebaut oder die Ticketpreise gesenkt werden könnte, beides würde wohl den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und somit Emissionen einsparen. Aber das ist ja noch nie das Ziel der Bahn gewesen. Die Milliardenverschwendung ist auch eines der Hauptargumente der GegnerInnen von Stuttgart 21 - wo sich die Frage stellt: Ob der Staat oder das Land das Geld nun in Panzer und Kriege, in Überwachungstechnologie und neue Polizeiknüppel steckt, in Autobahnen oder in hässliche neue Bahnhöfe? Hm, am besten es gäbe halt keinen den Menschen überge-

ordneten Staat, der durch seine immanente Logik so 'ne Scheiße macht.

Ein weiteres Argument ist die lange Baustelle, ein durchaus verständliches Argument von AnwohnerInnen oder sonstwie Betroffene - nur eben auch nicht revolutionär - die Zerstörung des alten Bahnhofes, und die fehlende Bürgerbeteiligung - wo Menschen mit einem Ansatz "von unten" eben Selbstbestimmung fordern müssten.

Vom Umfang her, hat diese Bewegung das Potenzial dem Bauvorhaben und seinen AkteurInnen langfristig Probleme zu bereiten und so die Politik in eine Legitimationskrise zu stürzen. Dadurch ist es sicherlich auch noch möglich, dass das Projekt in letzter Sekunde abgeblasen wird, um eben das zu verhindern.

Die Frage, die sich hier stellt, ist aber auch: welches Potenzial hat dieser Widerstand/Protest für eine emanzipatorische Bewegung? Ist es ganz abgesehen von allen Inhalten schon ein Erfolg, wenn seit langem mal wieder ein Projekt, welches von Land und Konzernen unbedingt durchgesetzt werden soll, verhindert werden könnte? Ist es dadurch möglich, dass Menschen eigene Handlungsmöglichkeiten erkennen? Wird alleine die Erfahrung, bei allen Argumenten nicht gehört zu werden und bei direkterem Widerstand die direkte Repression zu spüren bekommen, dazu führen, dass Menschen das Vertrauen in den Staat und die Demokratie verlieren, also das Spiel durchschauen, sowie das z.B. auch an der Startbahn West oder in Wackersdorf der Fall war? Gibt es Gruppen, die mit radikaleren Inhalten in den Widerstand rein gehen? Wird das Wissen über Aktionsmethoden dazu führen, dass Menschen sich auch in anderen Bereichen weniger gefallen lassen und öfters mal - beispielsweise - die Straße dicht machen?

